

pung, Stocker, Stucky, Theubet, Ulrich, Wanner, Weber-Schwyz, Weder-Basel, Wellauer, Wiederkehr, Wyss Paul, Zbinden Hans, Zölch, Züger, Zwingli, Zwysgart (119)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit
Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 16. Mai 1990

Rapport écrit du Conseil fédéral du 16 mai 1990

In der Folge von Demonstrationen für die Unabhängigkeit Tibets, welche massiv unterdrückt worden waren und zwischen 17 (offizielle Quellen) und 60 Tote und mehr als 200 Verletzte (andere Quellen) verursacht hatten, wurde am 7. März 1989 das Kriegsrecht über Lhasa und Umgebung verhängt. Trotz einer sehr restriktiven Informationspolitik der chinesischen Behörden berichten zahlreiche vertrauenswürdige Quellen verschiedener Herkunft, dass seit Verhängung des Kriegsrechts rund 1000 Personen wegen «konterrevolutionärer Aktivitäten» verhaftet worden sind. Die meisten von ihnen hatten in friedlicher Weise Gebrauch von ihrer Meinungsäusserungsfreiheit gemacht. Obwohl die Gemeindebehörden von Lhasa mitteilten, dass fast alle zwischen März und Mai 1989 Verhafteten freigelassen worden seien, geben andere Quellen an, dass noch immer 250 Personen in Haft seien, ohne dass je ein Verfahren eröffnet worden wäre. Im weiteren sollen etwa 50 Personen im Rahmen von administrativen Massnahmen zur «Umerziehung durch Arbeit» festgehalten werden, ohne dass sie verurteilt worden wären, und andere sollen in summarischen Verfahren zu Gefängnisstrafen oder zu «Besserung durch Arbeit» zwischen 4 Jahren und lebenslänglich verurteilt worden sein. Einige Gefangene sollen gefoltert oder misshandelt worden sein.

In Lhasa sind Polizeiposten im Abstand von 500 Metern auf den wichtigen Strassen, auf fast allen Kreuzungen und vor den öffentlichen Gebäuden, Tempeln und Klöstern eingerichtet worden. Dies erlaubt es den Ordnungskräften, die Lage in der Hand zu behalten und jeden Manifestationsversuch im Keim zu ersticken. Die Kontrolle der religiösen Aktivitäten der Tibeterrinnen und Tibeter ist spürbar verstärkt worden. So werden die Mönche überwacht, und das öffentliche Feiern religiöser Feste ist stark eingeschränkt, sogar verboten. Die Autonomie der «autonomen Region Tibet» ist noch beschränkter als vorher. Die Assimilierung der tibetischen Bevölkerung und die Förderung chinesischer Einwanderung in Tibet geht weiter, die wirtschaftliche Entwicklung, welche gemäss den chinesischen Behörden das tibetische Problem lösen sollte, stagniert.

Am 1. Mai 1990 hat nun die chinesische Führung das Kriegsrecht in Lhasa formell aufgehoben. Wie sich dieser Entscheid, welcher eine positive Entwicklung erhoffen lässt, auf die Lage in Tibet auswirken wird, lässt sich heute noch nicht beurteilen. China hat die Charta der Vereinten Nationen, deren Artikel 1 und 55 die universelle und effektive Achtung der Menschenrechte als eines der Ziele der Vereinten Nationen definieren, unterzeichnet und das UN-Uebereinkommen gegen die Folter im Jahr 1988 ratifiziert. In der Praxis jedoch anerkennen die chinesischen Behörden die universelle Konzeption der Menschenrechte nicht, weisen jede Kritik an der Menschenrechtssituation in ihrem Territorium zurück und verweigern jeden Dialog auf diplomatischer Ebene über diese Frage, indem sie sich auf das Prinzip der Nichteinmischung in interne Angelegenheiten berufen. Ueber das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten hatte der Bundesrat dennoch Gelegenheit, die chinesischen Behörden sowohl auf bilateraler wie auf multilateraler Ebene (UN-Menschenrechtskommission, Session 1990) wissen zu lassen, dass seiner Meinung nach die Achtung der Menschenrechte und der Rechte nationaler Minderheiten als Faktoren von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit einen wesentlichen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in jeder Region der Welt, China inbegriffen, darstellt.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates befriedigt.

90.461

Postulat Ott
Gute Dienste der Schweiz zugunsten des tibetischen Volkes
Avenir du Tibet.
Bons offices de la Suisse

Wortlaut des Postulates vom 21. März 1990

Im September 1987 hat das geistliche Haupt des tibetischen Volkes, der XIV. Dalai Lama, seinen 5-Punkte-Plan zur Lösung des tibetischen Problems vorgelegt. Darin ist nicht von Souveränität oder Sezession Tibets die Rede, sondern es geht um Gesichtspunkte des Friedens, der Oekologie, der Menschenrechte und der kulturellen Identität und Autonomie. Die moderate und dem Prinzip der Gewaltlosigkeit verpflichtete Politik des Dalai Lama ist von der Weltöffentlichkeit durch die Verleihung des Friedensnobelpreises anerkannt worden.

Obschon von seiten der Volksrepublik China Verhandlungen mit dem Dalai Lama über die Zukunft Tibets in Aussicht gestellt wurden, ist es zu solchen bisher immer noch nicht gekommen.

Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen, ob und in welcher Weise die Schweiz – allein oder gemeinsam mit den anderen Neutralen Europas – ihre Guten Dienste zur Verfügung stellen könnte, um diese Verhandlungen mit der Volksrepublik China in Gang zu bringen.

Texte du postulat du 21 mars 1990

En septembre 1987, le X^{IV}e dalai-lama, autorité spirituelle du peuple tibétain, a présenté son plan en cinq points visant à résoudre le problème tibétain. Ce document ne parle pas de souveraineté ou de sécession du Tibet, mais se réfère aux notions de paix, d'équilibre, de droits de l'homme, d'identité culturelle et d'autonomie. La politique du dalai-lama, empreinte de modération et de non-violence, a reçu l'approbation de la communauté internationale par l'attribution du prix Nobel de la paix.

La République populaire de Chine a bien annoncé des négociations avec le dalai-lama à propos de l'avenir du Tibet, mais ces pourparlers n'ont pas encore eu lieu.

Le Conseil fédéral est invité à examiner si et de quelle manière la Suisse – seule ou associée aux autres pays neutres d'Europe – peut offrir ses bons services en vue de la matérialisation de ces négociations avec la République populaire de Chine.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Aliesch, Ammann, Antille, Aregger, Auer, Baggi, Basler, Bäumlin Ursula, Berger, Biel, Bircher, Blatter, Bonny, Borel, Braunschweig, Bremi, Brügger, Bundi, Burckhardt, Bürgi, Büttiker, Carobbio, Cavadini, Cincera, Columberg, Cotti, Couchepin, Coutau, Daepf, Danuser, David, Déglise, Dietrich, Dormann, Ducret, Dünki, Eggenberg-Thun, Eggly, Eisenring, Engler, Eppenberger Susi, Etique, Fäh, Fehr, Fischer-Sursee, Friderici, Früh, Giger, Graf, Grassi, Grendelmeier, Gros, Guinand, Gysin, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Humbel, Jeanneret, Jeanprêtre, Keller, Kohler, Kühne, Ledergerber, Leuba, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Loeb, Longet, Loretan, Luder, Maeder, Massy, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Meier-Glattfelden, Müller-Aargau, Müller-Meilen, Nabholz, Nebiker, Neukomm, Paccolat, Petitpierre, Philipona, Pidoux, Pini, Pitte-loud, Rebeaud, Rohrbasser, Rüttimann, Rychen, Scheidegger, Schmid, Schmidhalter, Schüle, Seiler Rolf, Spälti, Spoerry, Stappung, Stocker, Stucky, Theubet, Ulrich, Wanner, Weber-Schwyz, Weder-Basel, Widmer, Wiederkehr, Wyss Paul, Zbinden Hans, Zölch, Züger, Zwysgart (114)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit
Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 16. Mai 1990

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 16 mai 1990

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

90.465

Interpellation Bundi

Vorsorgliche Schutzmassnahmen

Transferts à l'étranger

en cas de conflit

Wortlaut der Interpellation vom 22. März 1990

Seit 1985 besteht zwischen der Schweiz und Kanada ein vertrauliches Abkommen in Form eines «mémoire d'entente», das schweizerischen Unternehmen im Fall eines Notstandes die Möglichkeit bietet, kurzfristig ihren Rechtssitz nach Kanada zu verlegen. Dieses Abkommen stützt sich auf einen Bundesratsbeschluss betreffend vorsorgliche Schutzmassnahmen für juristische Personen, Personengesellschaften und Einzelfirmen vom 12. April 1957. Dieser Bundesratsbeschluss seinerseits stützt sich auf Artikel 16 des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Kriegsvorsorge vom 30. September 1955, das inzwischen durch das Landesversorgungs-gesetz abgelöst worden ist.

In diesem Zusammenhang wird der Bundesrat gebeten, auf die folgenden Fragen Auskunft zu erteilen:

1. Gibt es neben dem erwähnten Geheimabkommen mit Kanada noch weitere ähnliche Abkommen, eventuell auch in verwandten Bereichen? Wenn ja, welche sind das, was haben sie zum Inhalt, welches sind die Partnerländer? Ist der Bundesrat bereit, darüber detailliert zu berichten?
2. Dem Vernehmen nach sollen derzeit einige hundert Firmen für den Fall internationaler Konflikte Sitzverlegungen ins Ausland vorbereitet haben und im Eidgenössischen Handels- und Güterrechtsregister (Ehra) eingetragen sein. Stimmt diese Meldung?
3. Neben den interessierten Firmen sollen auch «gewisse Organisationen» in die Sitzverlegung einbezogen sein. Welche sind das?
4. Mit den beabsichtigten Sitzverlegungen von Firmen und Banken soll auch ein Teil des Kaderpersonals mit ihren Familien den Wohnsitz ins Ausland transferieren. Darunter sind Personen mit hohen militärischen Dienstgraden. Wie steht es mit deren Befreiung von der Aktivdienstpflicht?
5. Ist der Bundesrat nicht auch der Auffassung, dass Geheimabkommen wie jenes mit Kanada und ähnliche einem veralteten sicherheitspolitischen Bild entsprechen, nicht in unsere auf neues Vertrauen angewiesene Zeit passen und darum aufgehoben werden sollten?
6. Welche bestehenden Bundesratsbeschlüsse betreffend vorsorgliche Schutzmassnahmen gedenkt der Bundesrat aufzuheben, welche will er weiterhin beibehalten?

Texte de l'interpellation du 22 mars 1990

Depuis 1985, il existe entre la Suisse et le Canada un accord confidentiel, conclu sous la forme d'un «mémoire d'entente», qui donne aux entreprises suisses la possibilité, en cas de conflit, de transférer à court terme leur siège juridique au Canada. Cet accord se fonde sur l'arrêté du Conseil fédéral du 12 avril 1957 protégeant par des mesures conservatoires les personnes morales, sociétés de personnes et raisons individuelles, cet arrêté ayant lui-même pour base l'article 16 de la loi fédérale du 30 septembre 1955 sur la préparation de la défense nationale économique, remplacée entre temps par la loi sur l'approvisionnement du pays.

A ce sujet, le Conseil fédéral est prié de fournir des renseignements sur les points suivants:

1. En dehors de l'accord secret mentionné, passé avec le Canada, existe-t-il encore d'autres accords semblables, le cas échéant aussi dans des domaines voisins? Dans l'affirmative, lesquels, sur quoi portent-ils et quels sont les pays partenaires? Le Conseil fédéral est-il disposé à fournir un rapport détaillé à ce sujet?
2. A ce que l'on entend dire, quelques centaines d'entreprises auraient préparé leur transfert à l'étranger au cas où un conflit international éclaterait et sont inscrites à cet effet auprès de l'Office fédéral du registre du commerce et des régimes matrimoniaux (OFRC). Cette information est-elle exacte?
3. En plus des entreprises intéressées, «certaines autres organisations» seraient également prévues dans ces transferts. Quelles sont-elles?
4. Dans l'optique de ces transferts de sièges d'entreprises et de banques, une partie des cadres avec leurs familles déplaceraient leur domicile à l'étranger. Parmi ces personnes, il y a des officiers supérieurs de l'armée. Est-il prévu de les libérer de l'obligation d'accomplir du service actif?
5. Le Conseil fédéral n'estime-t-il pas lui aussi que des accords secrets comme celui conclu avec le Canada ou d'autres s'inscrivent dans le cadre d'une politique de sécurité dépassée, ne correspondent plus au nouveau climat de confiance qui s'est instauré aujourd'hui et devraient de ce fait être abrogés?
6. Lesquels de ses arrêtés instaurant des mesures conservatoires de protection le Conseil fédéral pense-il abroger, lesquels veut-il laisser en vigueur?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Ammann, Bäumlin Ursula, Béguelin, Bircher, Bodenmann, Borel, Braunschweig, Carobbio, Danuser, David, Eggenberg-Thun, Euler, Fankhauser, Fehr, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Keller, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Maeder, Matthey, Mauch Ursula, Meizoz, Müller-Aargau, Neukomm, Ott, Rechsteiner, Seiler Rolf, Stapf, Thür, Uchtenhagen, Ulrich, Vollmer, Zbinden Hans, Züger, Zwygart (43)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 16. Mai 1990

Rapport écrit du Conseil fédéral du 16 mai 1990

1. Kanada ist bisher das einzige Land, mit dem die Schweiz eine gemeinsame Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) über die Rahmenbedingungen für Sitzverlegungen schweizerischer Unternehmen im Krisenfall vereinbart hat.
2. Die Meldung ist unzutreffend. Die Zahl der interessierten Unternehmen liegt in der Grössenordnung von 100. Sie sind nicht im Eidgenössischen Handels- und Güterrechtsregister eingetragen, sondern in einem besonderen, nicht öffentlichen Register.
3. Gemäss der schweizerisch-kanadischen Absichtserklärung können juristische Personen, Personengesellschaften und Einzelfirmen eine vorübergehende Verlegung ihres Sitzes ins Ausland vorbereiten. Die Unternehmen, welche solche vorsorgliche Massnahmen ergreifen, haben Anspruch auf Vertraulichkeit. Ihre Namen werden nicht bekanntgegeben.
4. Auch die nur temporäre Sitzverlegung eines Unternehmens verlangt den gleichzeitigen Transfer von ausgewählten Mitarbeitern, die für den Weiterbestand der Firma wesentliche Funktionen ausüben. Wer diese Funktionsträger konkret sind, entscheidet sich erst im Moment der internationalen Krisenlage bzw. der dann beschlossenen Sitzverlegung. Ihre Befreiung von der Dienstpflicht ist keinesfalls vorgesehen. Den interessierten Firmen wird vielmehr empfohlen, in ihre vorsorgliche Transfer-Planung nichtdienstpflichtige Kader einzubeziehen.
5. Sicherheitspolitische Lagen sind seit je Veränderungen unterworfen. Auch wenn das bis vor kurzem vorherrschende sicherheitspolitische Bild sich derzeit rasch verändert, bedeutet

Postulat Ott Gute Dienste der Schweiz zugunsten des tibetischen Volkes

Postulat Ott Avenir du Tibet. Bons Offices de la Suisse

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.461
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.06.1990 - 15:00
Date	
Data	
Seite	915-916
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 647

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.